

# Katrina

Fortsetzung von Seite 27

**G**enerell stellt sich für die Geflüchteten die Frage: Wer kommt als Erster zurück? Wo ganze Nachbarschaften zerstört sind, ist das nicht nur eine existenzielle, sondern auch sozial integrative Frage. Zudem haben viele Evakuierte nach dem Desaster aus der Not heraus eine neue Heimat oder auch neue Arbeit außerhalb von Louisiana gefunden.

Zwei Jahre nach der Katastrophe gibt es noch immer keinen Konsens hinsichtlich privater und öffentlicher Aufbaupläne. Konkurrierende Interessen zwischen dem vom Bürgermeister Ray Nagin beauftragten Louisiana Recovery Authority Board und dem „Unified New Orleans Plan“ der Greater New Orleans Foundation stehen sich gegenüber. Regierungsnahe Baufirmen und Spekulanten befinden sich überdies in Warteposition. Offen bleibt die Frage, wer denn für den Wiederaufbau einer Stadt verantwortlich ist: eine Stiftung oder deren politisch legitimierte Vertretung. Inzwischen liegen die Spendengelder in Milliardenhöhe sicher auf der Bank.

## Fehlendes Kapital

Die Steuerleistungen der Stadt können bislang nicht an den Prestorm-Level anschließen, also an die Zeit vor „Katrina“. Es fehlt überall Geld für den Wiederaufbau und öffentliche Investitionen. Die Wirtschaft hat den Weg zurück in die Stadt zum Teil noch nicht gefunden. Der Tourismus als wichtiger Frequenzbringer ist auch noch nicht auf den gewohnten Hochtouren, darüber kann auch „Mardi Gras“ nicht hinwegtäuschen. Die Conventions kehren langsam, aber stetig zurück.



New Orleans braucht unbedingt Unterstützung, um den Verfall und die lecken Dammsysteme zu reparieren. Nicht wenige fordern die Umleitung des Kapitals, das in den Irakkrieg gesteckt wird. Foto: epa

Das Zeitfenster der fehlenden Einnahmen ist jedenfalls enorm und noch weit geöffnet.

Überdies fehlt es an Privatkapital für den Wiederaufbau. Viele haben ihre Jobs verloren oder waren zumindest eine Zeit lang arbeitslos. Da in den USA, wenn möglich, in eigene Immobilien investiert wird, sind viele zerstörte Häuser noch mit Krediten belastet. Zusätzlich sind die Immobilienpreise enorm hoch und selbst im Umland um etwa 30 Prozent gegenüber vor zwei Jahren gestiegen. Zu-

dem sind die Lebenserhaltungskosten seit dem Aussetzen der staatlichen Notstandsförderungen nicht unbeträchtlich. Von den ehemals verfügbaren Mietobjekten in den fünf Parishes (Anm.: Bezirke) von New Orleans sind bislang nur etwa 20 Prozent durch öffentliche Förderungen wieder aufgebaut worden. Mieten haben sich verdoppelt, manchmal sogar verdreifacht.

Die politischen Rahmenbedingungen und Handlungsprioritäten auf nationaler

Ebene wirken auch nicht unterstützend. Louisiana und New Orleans sind erstens demokratisch und zweitens von der Anzahl der Wählerstimmen her nicht so bedeutsam.

## Große Erinnerungslücken

Die Erinnerung an den Blick von George W. Bush aus dem Fenster der Airforce One Tage nach der Katastrophe ist in den Köpfen der Bevölkerung tief verankert. Mehrmals hat er seitdem versprochen, „zu bleiben, bis der Job erledigt ist“.

Passiert ist von nationaler Seite bislang sehr wenig. Hinzu kommt eine gestiegene Kriminalitätsrate, die höchste in den USA, auch wenn sie immer wieder geschönt wird. Mehrere Morde in einer Nacht stellen keine Seltenheit dar. Die öffentliche Betroffenheit ist enorm. Der Druck auf verantwortliche Politiker und die Exekutive wächst täglich, die Nationalgarde patrouilliert durch die Stadt. Es fehlt das Gefühl von öffentlicher Sicherheit und von Vertrauen in die dafür Verantwortlichen.

Last but not least: Seit Juni 2007 befinden wir uns in der diesjährigen Hurrikansaison, die statistisch betrachtet bis weit in den November hineinreicht. Es ist die alljährlich wiederkehrende Jahreszeit, wo traditionell nicht investiert, sondern abgewartet wird.

Ohne staatliche Intervention und Unterstützung wird es bei der bislang größten Naturkatastrophe der USA nicht abgehen können, um diesem Teufelskreis zu entkommen. Hier ist die politisch legitimierte Macht gefordert, auch wenn dies eine Abkehr von traditionellen Vorgehensweisen bedeutet. Solange das Dammsystem nicht entspricht und die Infrastruktur an allen Ecken und Enden leckt, wird es keine Investitionssicherheit für Evakuierte und die regionale Wirtschaft geben. Es geht um die Entscheidung: Wiederaufbau oder Verfall.

Martin Heintel

Der Autor hat als Marshall Plan Professor für Regional Economic Development an der University of New Orleans/USA gelehrt. Am Institut für Geographie und Regionalforschung an der Universität Wien forscht er zu den Arbeitsgebieten Stadt- und Regionalentwicklung.

**USECON**  
The Usability Consultants

Let's turn our know how into your success

Usability  
User Experience  
User Interfaces

Optimierte Kundenzufriedenheit und effizientere Entwicklungen durch effektives Usability Engineering

[www.usecon.com](http://www.usecon.com)